

27. September 2009 Bundestagswahl

**Konsequent sozial.
Für Demokratie und Frieden.**

Linkes Blatt **DIE LINKE.**

15. Ausgabe / 19. Jahrgang

Für Halle

08. September 2009

Rückenwind und eigene Puste

von *Dietmar Bartsch*

Der 30. August war ein guter Tag für DIE LINKE. Bei drei Landtagswahlen und einer Kommunalwahl erzielten wir gute und sehr gute Ergebnisse. Das gibt neuen Schwung für den Bundestagswahlkampf, das wird unsere Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer zusätzlich motivieren.

Am 30. August hat DIE LINKE in Thüringen, im Saarland, in Sachsen und Nordrhein-Westfalen einen ful-

minanten Wahlauftritt hingelegt und geht mit kräftigem Rückenwind in die Bundestagswahl und in die Landtagswahlen in Brandenburg und Schleswig-Holstein.

Als Wahlkampfleiter der Partei bedanke ich mich bei den Wählerinnen und Wählern, die uns ihre Stimmen gaben, und einmal mehr bei den großartigen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern der LINKEN, deren unermüdlicher Einsatz belohnt

wurde. Gestern wurden zwei CDU-Alleinregierungen grandios abgewählt. DIE LINKE war besonders dort stark, wo die Unions-Ministerpräsidenten wackelten und die Menschen den Wechsel hin zu einer sozialen Politik wollen und für möglich halten. Wir konnten mit einem überzeugenden inhaltlichen und personellen Angebot punkten. Im Saarland und in Thüringen sind jetzt Politikwechsel möglich. Obsie Realität werden, hängt stark von der SPD ab. Wenn sie den eigenen Machtanspruch vor Inhalte stellt, macht sie sich beliebig. Wenn sie Gepflogenheiten wie die, dass die stärkere Koalitionspartei den Regierungschef stellt, über den Haufen wirft, macht sie sich lächerlich. Die Konsequenzen aus dem gestrigen Wahltag werden so zur Nagelprobe für das Demokratieverständnis der SPD.

Im Saarland ist DIE LINKE die Wahlgewinnerin schlechthin. Keine andere Partei in Deutschland konnte je bei ihrem Landtags-Debüt ein solches Ergebnis erzielen. Oskar Lafontaine, unser Parteivorsitzender, hat daran überragenden Anteil. An der Saar ist nun ein politischer Neuanfang möglich.



DIE LINKE.

Gregor kommt:

Donnerstag, den 24. September 2009
von 16 Uhr bis 18 Uhr auf den Marktplatz
in Halle, mit Petra Sitte und Musik von
Eisbrenner. www.fuer-gerechtigkeit.de

Fortsetzung Seite 2

Rückenwind und eigene Puste

Fortsetzung von Seite 1

DIE LINKE verfügt fortan über elf Landtagsfraktionen und hat bewiesen, dass zweistellige Ergebnisse auch bei Landtagswahlen im Westen möglich sind. DIE LINKE ist eine gesamtdeutsche Partei, das werden wir Ende September auch bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein unter Beweis stellen. Auch in Thüringen haben wir unsere Wahlziele glänzend erreicht. Erneut ist die DIE LINKE stärkste Partei hinter der CDU geworden, nun aber mit dem Anspruch und der Möglichkeit, den Ministerpräsidenten zu stellen. Bodo Ramelow und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter haben es großartig ver-

mocht, die Wählerinnen und Wähler von einem alternativen landespolitischen Konzept zu überzeugen. In Sachsen hat DIE LINKE bei leichten Verlusten den zweiten Platz verteidigt und wird aus der Opposition heraus weiter kräftig Druck machen für eine soziale Politik im Freistaat. Das kann unser Landesverband umso wirkungsvoller tun, je rascher interne Querelen überwunden werden und sich die Kreis- und Stadtverbände auf Inhalte konzentrieren.

Die Wahlergebnisse sind auch eine Ohrfeige des Souveräns für die Große Koalition und deren führende Repräsentanten Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier. Diese Bundesregierung hat kein die Bürgerinnen und Bürger überzeu-

gendes Konzept zur Bewältigung der Krise vorgelegt, geschweige umgesetzt. Mehr noch, die so genannten kleinen Leute spüren, dass letztlich sie für diese Krise zahlen sollen. So gewinnt die Politik der LINKEN Zustimmung, weil diese auf gesetzliche Mindestlöhne, auf ordentlich bezahlte Arbeit, auf Steuer- und auf Rentengerechtigkeit und eine friedliche Außenpolitik orientiert ist.

Ich bin mir sicher: In vier Wochen erlebt DIE LINKE ein furioses Finale und den Höhepunkt im Wahljahr 2009. Das wird so sein, weil wir bis dahin ebenso ordentlich arbeiten und kämpfen werden, wie wir gestern ordentlich gefeiert haben. Wir haben Rückenwind und genug eigene Puste!

Aus der Stadtratssitzung am 26.08.2009

Ein sicheres Zeichen, dass die Sommerpause vorbei ist- der Stadtrat hat wieder getagt! Mit dem Nachtragshaushalt für das Jahr 2009 ging es auch gleich wieder um das Wichtigste- die Finanzen der Stadt Halle (Saale). Die Haushaltssatzung 2009 und das Haushaltskonsolidierungskonzept wurden bekanntlich schon am 25.02.2009 im Stadtrat beschlossen. Es war kein ausgeglichener Haushalt, sondern der Haushalt wies ein strukturelles Defizit von 28 Mio. Euro aus. Jeder Haushalt der Kommunen muss von der Kommunalaufsichtsbehörde (Landesverwaltungsamt) geprüft werden. Resultat der Prüfung unseres Haushaltes war, dass dieser Haushalt beanstandet wurde, er erfüllte nicht den gesetzlichen Anforderungen. Der Stadtrat beauftragte wiederum die Oberbürgermeisterin, einen Wider-

spruch an das Landesverwaltungsamt zu stellen. In dem Widerspruchsschreiben, so heißt es in der Vorlage zum Nachtragshaushalt, konnte die Stadt Halle (Saale) darlegen, dass durch die dargestellten Maßnahmen und Entwicklungen der prognostizierte Fehlbedarf von 28 Mio. Euro im Ergebnis wesentlich unterschritten werden wird. Die Effekte belaufen sich auf 14. Mio. Euro. Dieser Argumentation ist das Landesverwaltungsamt gefolgt und hat einen entsprechenden Widerspruchsscheid erlassen. Im Stadtrat stand nun die Aufgabe, einen Nachtragshaushalt zu verabschieden, der im Verwaltungshaushalt ein strukturelles Defizit von 14. Mio. Euro aufweist.

Um es vorweg zu nehmen: Der Nachtragshaushalt wurde im Stadtrat, nachdem er u. a. im Finanzausschuss „durchgefallen“ war,

mehrheitlich beschlossen. Unsere Fraktion enthielt sich der Stimme bei der Abstimmung. Trotz Nachforderungen von Untersetzungen der globalen Minderausgaben in den einzelnen Fachämtern in Höhe von 3,7 Mio. Euro überzeugte uns z.B. diese Maßnahme nicht. Ebenfalls konnte uns nicht glaubhaft vermittelt werden, dass Mehrausnahmen aus der gerade beschlossenen Satzung der KITA-Gebühren wirklich „auftauchen“.

Alle weiteren Vorlagen, so z.B. über den „Bericht des Landesrechnungshofes über die überörtliche Prüfung der Verwendung der Mittel aus Zuwendungsverträgen an ausgewählte Einrichtungen; hier: Stellungnahme der Verwaltung zur überörtlichen Prüfung des Verbundes Oper/Halle / Staatskapelle Halle“; der Jahresabschluss des Psychiatrischen Krankenhauses

Vorsitzende der Ausschüsse des Stadtrates der Stadt Halle (Saale)

Hauptausschuss

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados

Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Herr Dr. Bodo Meerheim – Fraktion DIE LINKE.

Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL, HOAI und VOF

Herr Johannes Krause – SPD-Stadtratsfraktion

Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

Herr Oliver Paulsen – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Herr Frank Sänger – CDU-Stadtratsfraktion

Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung

Herr Denis Häder – Fraktion MitBÜRGER für Halle –
NEUES FORUM

Bildungsausschuss

Herr Andreas Schachtschneider – CDU-Stadtratsfraktion

Kulturausschuss

Frau Dr. Annegret Bergner – CDU-Stadtratsfraktion

Rechnungsprüfungsausschuss

Frau Elisabeth Nagel – Fraktion DIE LINKE.

Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss

Frau Ute Haupt – Fraktion DIE LINKE.

Sportausschuss

Herr Andreas Hajek – FDP-Fraktion

Jugendhilfeausschuss

Die stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses wählen aus ihrer Mitte den Vorsitzenden und seiner Stellvertreter.

und einer Änderung zur Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer auf Spielgeräte und Spieleinrichtungen sowie Veranstaltungen anderer Art“ konnten wir zustimmen, sie sind auch ohne größere Diskussionen im Stadtrat beschlossen worden.

Es stand eine Reihe von Wahlen auf der Tagesordnung. So wurden u. a. die Aufsichtsgremien neu besetzt und die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gewählt. Der Antrag unserer Fraktion zur Beendigung der militärischen Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle“ wurde bereits bei der Abstimmung der Tagesordnung auf Antrag der SPD-Fraktion gestrichen. Als Grund wurde dafür angegeben, dass die rechtliche Zulässigkeit des Antrages nicht gegeben sei. Wir werden diese Begründung prüfen und den Antrag ggf. wieder einreichen.

Zu Hochform lief Petra Sitte auf, als sie für unsere Fraktion gegen den Antrag der FDP-Fraktion "Gebührendämpfung im Kindertagesstättenbereich" argumentierte. Hintergrund dieses Antrages ist die Auflösung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten und die Abgabe der kommunalen Kindertagesstätten an freie Träger, um Kosten für die Stadt Halle (Saale) zu sparen. Petra erinnerte die FDP-Stadträte u. .a. an die Wahlaussagen der FDP auf den derzeitigen Wahlplakaten „Arbeit muss sich wieder lohnen“. Petra argumentierte, dass der Antrag der FDP darauf hin läuft, dass Erzieherinnen bei freien Trägern ggf. weniger Lohn bekommen als bei der Stadt Halle, die die Erzieherinnen tariflich nach TVöD bezahlt.

Unsere Fraktion wird diesen Antrag ablehnen, er wurde aber zunächst in den Finanzausschuss und in den Jugendhilfeausschuss verwiesen.

Ute Haupt

Öffentliche Daseinsvorsorge sichern - Reichtum besteuern

Die Landtagsfraktion traf sich am 17. und 18. August 2009 planmäßig zur ihrer Sommerklausur, um die letzte Etappe vor der Bundestagswahl vorzubereiten und ihre Position zu den anstehenden Doppelhaushaltsberatungen zu bestimmen.

Diese Position ist in einem 8-Punkte-Beschluss zur Strategie in den Haushaltsberatungen beschrieben. Wir orientierten uns dabei an dem Parteitagsbeschluss zu den haushaltspolitischen Positionen in dieser Legislaturperiode aus dem Jahr 2007.

Eine intensive Diskussion in der Fraktion wurde vor allem deshalb nötig, weil die Weltwirtschaftskrise in den nächsten beiden Jahren voll auf die öffentlichen Haushalte durchschlagen wird und die Einnahmen des Landes sowie der Kommunen deutlich sinken werden. In diesem Zusammenhang hat Finanzminister Bullerjahn ein Strategiepapier für den Doppelhaushalt 2010/2011 vorgelegt, in dem eine Neuverschuldung von 1,15 Mrd. Euro für diese beiden Jahre vorschlägt und trotzdem radikale Kürzungsvorschläge unterbreitet, die für uns als LINKE völlig unannehmbar sind. Andererseits müssen wir uns mit der Tatsache auseinandersetzen, dass jede Kürzung, die wir ablehnen, die Neuverschuldung weiter in die Höhe treibt, was auch in der eigenen Anhängerschaft sehr wohl kritisch gesehen wird.

Gerade deshalb ist es wichtig, in der Bundestagswahl auf die verheerenden Folgen der Steuersenkungsdiskussion von CDU und FDP für die Öffentliche Daseins-

vorsorge hinzuweisen und für unser Konzept unter der Überschrift „Reichtum besteuern“ zu werben. Daneben müssen wir uns jedoch mit der Tatsache auseinandersetzen, dass eine massive Verbesserung der Einnahmesituation von Land und Kommunen nach der Bundestagswahl auf Grund anderer politischer Kräfteverhältnisse nicht sehr wahrscheinlich ist. Dieser Hintergrund wirft die Frage auf, welche Haushaltsziele wir vertreten:

* Wir vertreten die Auffassung, dass in den Zeiten der Krise das Land und die Kommunen nicht selbst zum Krisenfaktor werden dürfen, sondern mit ihren Institutionen und Dienstleistungen einen stabilisierenden Faktor in der Gesellschaft darstellen müssen. Deshalb dürfen Einnahmeverluste nicht ungebrochen auf der Ausgabeseite gekürzt werden. Daraus ergibt sich logischerweise die Notwendigkeit einer Nettoneuverschuldung.

* Wir wollen die Zuweisungen an die Kommunen aus dem Finanzausgleichsgesetz, so wie 2007 beschlossen, stabil halten. Die Vorschläge aus dem Strategiepapier reduzieren die Zahlungen an die Kommunen insgesamt um rund 180 Mio. Euro. Dieser Fakt wird noch durch eine völlige Umstellung des Finanzausgleichsgesetzes überlagert (und verschärft). Deshalb lehnen wir diese Änderungen ab.

* Wir bleiben bei unserer Forderung nach mehr Neueinstellungen im Landesdienst, weil wir nur noch die nächsten beiden Jahre die Chance haben, über solche Angebote junge Menschen im Land zu halten,

und weil sich ansonsten immer größere Lücken im öffentlichen Dienst auftun (Lehrermangel ab 2012).

* Wir bleiben bei unseren politischen Forderungen, die Ganztagsbetreuung in den Kindertagesstätten für alle Kinder einzuführen und ein kostenloses Mittagessen im Bereich der Kindertagesstätten und Grundschulen anzubieten. Wir müssen aber einschätzen, dass die CDU-SPD-Koalition im Land diese Projekte in ihrer Regierungszeit nicht umsetzen will und kann. Deswegen werden diese Forderungen zentrale Kernthemen der nächsten Legislaturperiode und des Landtagswahlkampfes sein.

Dieser Beschluss hat die Mitteldeutsche Zeitung zu der Spekulation veranlasst, dass wir uns von diesen zentralen Forderungen verabschieden wollen. Das ist falsch und schon im Ansatz nicht zu erkennen. Genauso falsch ist es, dass unser Landesvorsitzender eine solche Position geäußert und deswegen gegen den Beschlussvorschlag gestimmt hätte. Natürlich müssen wir gerade in Wahlkampfzeiten mit solchen Attacken leben. Wichtig ist jedoch, solchen Meldungen nicht auf den Leim zu gehen, denn nur das kann uns wirklich schaden.

* Darüber hinaus wollen wir die Grundfinanzierung der Hochschulen sichern, und die Universitätskliniken vor einer Privatisierung bewahren. Wir wollen die soziale Infrastruktur genau wie die Strukturen für die Demokratieentwicklung und zur Unterstützung des Ehrenamtes bewahren.

* Diese Schwerpunkte bedeuten jedoch, dass wir nicht alle Projekte, die vorgesehen waren, in die-

Polizei­problematik ist nur Spitze des Eisberges

Zur derzeitigen öffentlichen Diskussion um die Situation in der Polizei Sachsen-Anhalts erklärt die innen- und rechtspol. Sprecherin der Fraktion Gudrun Tiedge:

„Die derzeitige Situation in der Polizei, die sich von außen als beunruhigend darstellt, ist aus Sicht der LINKEN nicht schlechthin auf eine einzelne Ursache zurückzuführen. Seit Jahren gibt es hier einen - auch immer wieder angemahnten - Problemstau, der auch, aber nicht alleine auf die Polizeistrukturreform des Jahres 2008 zurückzuführen ist.

Gerade im Bereich der Polizei gibt es die bekannten Probleme bei Neueinstellungen, der Einstellungskorridor ist viel zu eng. Das wirkt sich gerade bei Spezialgebieten so aus, dass qualifiziertes Personal einfach nicht zur Verfügung steht. Verschärft wird die Situation noch durch die Möglichkeit der Altersteilzeit, die vor allem in diesem hochqualifizierten Bereich genutzt wird.

Gute Angebote aus anderen Bundesländern tragen ebenfalls nicht zur Entspannung bei, auch das wirkt verschärfend.

Zu dieser Gemengelage, die sich im übrigen auch in der Arbeit der Enquetekommission seit langem herausschält und also nicht neu ist, kommen Motivationsprobleme in der Polizei hinzu, die ihre Wurzeln im Beförderungsstau, im allgegenwärtigen Personalmangel und in vielen anderen Fragen haben.

Fakt ist: Was heute im Bereich der Polizei öffentlich wird, droht in ähnlicher Weise auf vielen anderen Gebieten auch. Die Ursachen liegen in einem von Landesregierung und CDU-SPD-Koalition getragenen Personalentwicklungskonzept, das tatsächlich nur ein Abbaukonzept ist. Wer Veränderungen will, muss sich zuallererst mit dieser Frage auseinandersetzen, und genau das erwartet DIE LINKE endlich vom Innenminister.

Hier liegen die eigentlichen Probleme, die für die Entwicklung des Landes und die Sicherung der Öffentlichen Daseinsvorsorge von Bedeutung sind. Die Polizei ist da wohl nur die Spitze des Eisberges.“

sem Landeshaushalt finanzieren können, was auch bedeuten kann, auf Fördermittel von der EU oder auch vom Bund, zu verzichten. Die Höhe der Nettoneuverschuldung ergibt sich für uns aus den politischen Notwendigkeiten im Landeshaushalt. Deswegen werden wir erst nach den Beratungen zum Doppelhaushalt eine solche Zahl festlegen können.

Wir werden bis zum Jahresende erleben, wie einzelne Vorschläge der Landesregierung oder auch der Koalitionsfraktionen hin und her diskutiert werden. Letztlich tragen CDU und SPD jedoch gemeinsam Verantwortung dafür, dass diese Diskussionen massenhaft Verunsicherung und Stillstand auslösen werden. Deswegen droht allein die Diskussion um Kürzungen schon krisenverschärft zu wirken.

Viele Dinge werden erst nach den Bundestagswahlen klar auf den Tisch kommen. Auch wir werden dann uns dann zu einzelnen Positionen neu verhalten müssen, aber die grundlegende Strategie ist mit dem Beschluss zum Doppelhaushalt vorgelegt.

Wulf Gallert

Aufbruch für ein soziales Thüringen möglich

Zum Rücktritt von Dieter Althaus erklärt der Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch:

Der Rücktritt war überfällig. Dieter Althaus macht den Weg frei zur Erneuerung der CDU in der Opposition. Die Union sollte diese Rolle jetzt annehmen. Die Wählerinnen und Wähler in Thüringen haben den Politikwechsel gewählt. Mit Rot-Rot besteht die Chance, dass Thüringen künftig sozial regiert wird. Unser erfolgreicher Spitzenkandidat Bodo Ramelow hat den Auftrag zur Regierungsbildung erhalten und ist unser Mann für das Amt des Ministerpräsidenten. Der Rücktritt von Dieter Althaus ist gleichzeitig eine Niederlage für Angela Merkel, deren Vorzeige-Ministerpräsident Althaus in den Neuen Ländern war. Es ist ein Fingerzeig dafür, dass Angela Merkel den Wahlkampf nicht im Schlaf gewinnen wird. Mit dem Wahlerfolg der LINKEN in Thüringen und im Saarland hat die SPD eine neue Machtoption. Es liegt an ihr, ob sie ihrem Versprechen auf einen Politikwechsel Taten folgen lässt.

Eine starke LINKE für ein soziales Land



Der Wahlkampf ist in eine Phase getreten, die man landläufig die „heiße“ nennt. Das bedeutet für uns stärkere Präsenz im Wahlkreis: optisch mit Plakaten und Großflächen, vor allem aber an möglichst vielen Info-Ständen. Hier sollen Menschen spüren, dass wir ihnen zuhören, dass wir Alltagsorgen und Zukunftsängste ernst nehmen. Dass wir helfen und Partei ihres Alltags sind.

Zeiten des Wahlkampfes sollten Zeiten eines intensiven Dialoges sein über die Zukunftsfragen der Gesellschaft und unserer Stadt. Diesem Anspruch wollen wir uns stellen, gerade wenn andere Parteien meinen, auf einen solchen Dialog verzichten zu können.

Wir wollen sagen, worum es geht am 27. September: Finden die Interessen der Mehrheit wieder statt

in der Bundespolitik oder nicht?! Einer Mehrheit, die gesetzliche Mindestlöhne fordert, damit jede und jeder von Arbeit ohne staatliche Transferleistungen leben kann. Einer Mehrheit, die den Krieg in Afghanistan beenden und zu einer friedlichen und zivilen Außenpolitik hin will. Einer Mehrheit, die Reichtum begrenzen will, damit Armut bekämpft werden kann und nicht die Umverteilungspolitik von unten nach oben fortgesetzt wird. Einer Mehrheit, die Bildungschancen und Gesundheitsfürsorge nicht von der sozialen Situation abhängig sehen will. Einer Mehrheit, die die Demütigungen und Ausgrenzungen des Hartz-IV-Systems ablehnt.

Wir können in diesem Dialog auf die erfolgreiche Arbeit der ersten Fraktion der LINKEN im Bundestag verweisen. Die Linksfraktion hat mit ihrer Arbeit die gesellschaftliche Debatte um soziale Gerechtigkeit wieder angestoßen, sie hat Widerstand geleistet gegen die Rente ab 67, gegen fortgesetzte Rentenungerechtigkeit und vieles mehr. Und sie hat Vorschläge zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise gemacht, die nicht nur an Symptomen herumwursteln, sondern an den Ur-

sachen der Krise ansetzen.

Im Dialog des Wahlkampfes können wir eine ganze Menge einbringen: unsere Vorschläge für Steuergerechtigkeit und gleiche Bildungschancen, für ein Investitionsprogramm und den sozialökologischen Umbau von Energiewirtschaft und Verkehrssystemen. Und wir können nachweisen, dass unsere Forderungen finanzierbar sind.

Als Eure Kandidatin im Wahlkreis Halle werde ich in vielen Gesprächen, an Info-Ständen und auf Podiumsdiskussionen für unsere Vorschläge streiten. Und ich wünsche mir, dass es im Stadtverband eine Wahlkampfstimmung gibt, die mit vielen Aktionen und Gesprächen im Wahlkampf am 27. September zu einem Erfolg führt. Werben wir um die Stimmen. Und tun wir dies auch mit werbendem Gestus. Oder, um ein Zitat zu bemühen, so:

Man sollte den Menschen die Wahrheit wie einen Mantel hinhalten, und nicht wie ein nasses Tuch um den Kopf schlagen.

Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.

Deshalb am 27. September mit beiden Stimmen DIE LINKE wählen!

Petra Sitte

27. September 2009 Bundestagswahl

**Konsequent sozial.
Für Demokratie und Frieden.**

Wahlkalender

Mittwoch, 09.09.2009

8:30 - 11:00 Uhr
Infostand
Wochenmarkt Landsberg
10:00 - 18:00 Uhr
Infostand
Wochenmarkt Neustadt*

Freitag, 11.09.2009

10:00 - 18:00 Uhr
Infostand Zentrum Neustadt*

Sonnabend, 12.09.2009

8:00 - 18:00 Uhr
Infostand zum
Halle-Neustadt Fest
10:00 - 18:00 Uhr
Marktplatz Infostand zum CSD
Diskussionsrunde mit Petra Sitte

Montag, 14.09.2009

9:00 - 11:00 Uhr
Infostand Diesterwegstraße
13:30 - 16:00 Uhr
Infostand Endhaltestelle Trotha

Dienstag, 15.09.2009

Zentrale Verteilung der
Wahlzeitung in Halle
und im Saalekreis
ab 15:00 Uhr
Wählerforum „Schöpfkelle“
mit Petra Sitte

Mittwoch, 16.09.2009

9:00 - 12:00 Uhr
Infostände in Halle-Neustadt*

Donnerstag, 17.09.2009

9:00 - 11:00 Uhr
Infostand ALDI Süd stadtring
14:30 Uhr
Kandidatenvorstellung
Bürgerladen (Falladaweg 9)
mit Petra Sitte

15:00 - 19:00 Uhr
Infostand
Zentrum Halle-Neustadt*

Sonnabend, 19.09.2009

9:00 - 13:00 Uhr
Infostand Neustadt Center *
9:30 - 11:30 Uhr
Infostand
Wilhelm-von-Klewitz-Straße
10:30 - 16:00 Uhr
Infostand Leipziger Straße

Montag, 21.09.2009

9:00 - 14:00 Uhr
Infostand Halle-Neustadt*
ab 16:00 Uhr
Podiumsdiskussion der IHK
Franckestraße 5 mit Petra Sitte

Dienstag, 22.09.2009

15:00 - 19:00 Uhr
Infostand Zentrum Neustadt*
18:00 Uhr
Podiumsdiskussion
IG BCE mit Petra Sitte
Hettstedter Str. 1

Mittwoch, 23.09.2009

15:00 - 19:00 Uhr
Infostand Neustadt-Center
19:00 Uhr
Diskussionsrunde
Burgstetten-Verein Niemberg mit
Petra Sitte

Donnerstag, 24.09.2009

ab 10:00 Uhr
Infostand auf dem Marktplatz
ab 16:00 Uhr
Kundgebung Marktplatz
mit Gregor Gysi und Petra Sitte

Beginn 48-Stundenwahlkampf
Verteilung der Bürgerbriefe



Freitag, 25.09.2009

9:00 - 15:00 Uhr
Infostände Halle-Neustadt*
9:00 - 11:30 Uhr
Infostand
Wilhelm-von-Klewitz-Straße
14:00 - 18:00 Uhr
Infostand Edeka Heide-Nord

Sonnabend, 26.09.2009

9:00 - 14:00 Uhr
Infostand Neustadt-Center
9:00 Uhr - 12:00 Uhr
Infostand ALDI Heide-Süd
10:30 - 16:00 Uhr
Infostand Leipziger Straße

Sonntag, 27.09.2009

Bundestagswahl
ab 18:00 Uhr
Wahlparty der LINKEN Halle
Strieses Biertunnel

* Die genauen Standorte werden noch festgelegt, sie können bei Hubert Schmidt unter der Rufnummer 80 590 25 erfragt werden.

„Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung“



Der Landesverband der Verfolgten des Naziregimes und der Bund der Antifaschisten Sachsen-Anhalt e.V. laden zur Teilnahme an einer Gedenkveranstaltung mit Kranzniederlegung ein.

Sonntag, 13. September 2009

10:00 Uhr

Gertraudenfriedhof

Die ehrenden Worte der Mahnung und Erinnerung spricht Dr. Jürgen Weißbach, Landesvorsitzender a.D. des DGB Sachsen-Anhalt.

2. Bürgerforum Halle-Ost
Für die Stadtteile: Diemitz, Dautzsch, Freimfelde/Kanenaer Weg/DB, Kanena, Bruckdorf, Büschdorf, Reideburg und Dieselstraße

Am 22. September 2009, 18:00 Uhr, findet in der Turnhalle der Grundschule „Büschdorf“, Käthe-Kollwitz-Straße 2, das 2. Bürgerforum für Halle-Ost statt. Zu der Veranstaltung lädt die Stadt Halle (Saale) ein, Mitglieder unserer Partei, die in den betreffenden Stadtteilen wohnen, sind gebeten, daran teilzunehmen und sich einzubringen.



Wie in den letzten Jahren war der Infostand der LINKEN Halle beim Parkfest rund um das Tallin gut besucht. Petra Sitte und zahlreiche Stadträte standen den Hallenserinnen und Hallensern beim 15. Parkfest Rede und Antwort. Bereits zum 15. Mal wurde das Fest vom Kinder- und Jugendhaus e.V. aus der Züricher Straße organisiert.

Der Ortsverband Clara Zetkin lud am 4. September zu einem Wählerforum mit Petra Sitte in die Begegnungsstätte „Zur Fähre“ ein.

Zahlreiche Genossinnen und Genossen, aber auch interessierte Hallenserinnen und Hallenser kamen, um sich über die Ziele der LINKEN in der nächsten Legislaturperiode zu informieren.



Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90
eMail info@dielinke-halle.de
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14-tägig
Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
03.09.2009
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 17.09.2009

Buchtipps:

HANNES HEGEN

Zeichnungen

Allgemein bekannt ist Hannes Hegen als Künstler im Osten Deutschlands, dort ist er nach wie vor sehr beliebt. Er ist der Schöpfer des Mosaik, jener Bildergeschichte, die Millionen von Ostdeutschen begleitet und begeistert hat. Weniger oder nicht bekannt ist er als freier Zeichner. Faszinierend ist dabei die Übernahme einiger Charaktere in der Bildsprache des Mosaik. Als Hannes Hegen transformiert er die Vorlagen von Johannes Hegenbarth in diese ganz andere Sphäre. Man kann deutlich erkennen, wie beide Richtungen seiner Arbeit aufeinander eingewirkt und sich gegenseitig inspiriert haben. Insgesamt kann diese erste Publikation nur einen schmalen Einblick in das Schaffen Johannes Hegenbarths als Zeichner vermitteln (Peter Lang).

„Hannes Hegen - Zeichnungen“, Herausgeber: Moritz Götze, Heft Nr. 2 der Reihe Maler und Werk; Paperback; Format 16,4 x 12,0 cm; Text von Peter Lang. Preis: 6.00 •. ISBN: 9783939468424

Erstaunliche Einsichten in das große, bunte Leben der Saalestadt

Gab es die Goldenen Zwanziger auch in Halle? Sicher ist: Es gab das Moderne Theater mit frech-erotischen Revueprogrammen und Tischtelefonen, es gab jede Menge Kinos und im Stadttheater wurde Brecht/Weill gespielt; es gab eine berühmte Sammlung moderner Kunst und Pläne für einen Wolkenkratzer; der zunehmende Autoverkehr erzeugte erste Verkehrsbeben; am Himmel flog man Reklame für

Persil und auch Frauen traten jetzt anders auf: beruflich erfolgreich oder auch einfach nur sexy. All das gehört zu dieser kleinen Kulturgeschichte der 20er Jahre in Halle.

Heidi Ritter und Eva Scherf, „Glamour, Glanz, Geschwindigkeit? Die 20er Jahre in Halle“, Herausgeber: Peter Gerlach und Moritz Götze, Heft Nr. 14; Broschur; 112 Seiten mit über 60 Fotos; Format 20,0 x 14,8 cm; Preis: 12.80 •.

ISBN: 978-3-939468-19-6

Leben in der DDR

Bilder und Geschichten

Lernpatenschaft, Kopfnoten, Pionier-nachmittag - wie war das in der Schule? Plan, Aktivist, BGL und Frauenruheraum - und wie in den Betrieben?

Ferienlager, Klappfix, FDGB-Heim - wie im Urlaub? Mit der Brigade ins Theater? Und dann ging's zur Fahne. Gut gekauft, gern gekauft - wie sah es aus in den Kaufhallen, in Konsument- oder Centrum - Warenhaus? Das Buch vereint Fotos und Geschichten über das Leben in der DDR und ist viel mehr als eine Sammlung kommentierter Bilder oder eine Chronik der Ereignisse: Ein Erinnerungsalbum, ein lebendiges Geschichtsbuch, das auf die Spuren der individuellen Biografien führt.

Franziska Kleiner „Leben in der DDR Bilder und Geschichten“, 320 Seiten, 21,5 x 28,5, 19.90 EURO.

ISBN 978-3-359-02209-1

Bestellen?

Per Post ins Haus:

Verlag & Verlagsservice

Fa. Schneidewind,

Germarstr. 6, 06112 Halle.

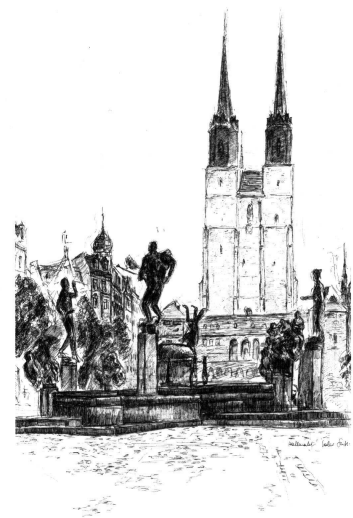
Neue Kalender im Angebot:

Kalender von Volker Seifert

Die Druckerei Heinrich John aus Halle und der hallesche Verlag & Verlagsservice Schneidewind haben auch in diesem Jahr ihren traditionellen Wandkalender von Halle „Impressionen 2010“ im Format 48 x 48 cm herausgegeben. Motive in schwarz-weiß von Volker Seifert sind unter anderen das ehemalige Postgebäude am Joliot-Curie-Platz, der „Krug zum grünen Kranze“, die Ludwig-Wucherer-Straße, der Rote Turm, Burg Giebichenstein und die Große Ulrichstraße.

Der Preis dieses Kalenders liegt bei 19,00 Euro. Ein Postkartenkalender mit den gleichen Motiven ist ebenfalls im Angebot.

Er kostet 5,00 Euro.



Halle-Impressionen 2010

Erhältlich sind diese und andere Kalender in halleschen Buchhandlungen oder direkt im Verlag & Verlagsservice Fa. Schneidewind (Tel: 5170956 oder Email:

kontakt@verlag-schneidewind.de)

Rüdiger Schneidewind

Wahlprognosen

von André Brie (aus Disput August 2009)



Hamid Karsai hat gute Chancen. Nach einer in diesen Tagen veröffentlichten Umfrage würde der amtierende afghanische Staatschef bei den Präsidentschaftswahlen am 20. August 36 Prozent der Stimmen erhalten. Sein schärfster Rivale, Ex-Außenminister Abdullah Abdullah, käme auf 20 Prozent, alle anderen Bewerber würden im einstimmigen Bereich bleiben. Abgesehen davon, dass Karsai mit einem Drittel der Stimmen die für einen Sieg im ersten Wahlgang nötige absolute Mehrheit klar verfehlen würde, dienen Prognosen bekanntlich meist einem bestimmten Zweck und sind selbst in »westlichen Demokratien« höchst unsicher. In Afghanistan sind ihre Aussagen noch weit fraglicher. Zumal es nicht danach aussieht, als würde es eine freie und faire Abstimmung geben. Die UNO hat kürzlich konstatiert, dass die zunehmende Unsicherheit ernste Auswirkungen auf die Wahlen hat. Die Hilfsmission in Afghanistan (UNAMA) und die afghanische unabhängige Menschenrechtskommission sehen durch die zunehmende Gewalt die

Bewegungs- und Redefreiheit von Kandidaten und ihrer Unterstützer stark begrenzt. Nicht zuletzt würden gerade Frauen eingeschüchtert, um keinen Gebrauch von ihrem Wahlrecht zu machen. Dazu passt die Warnung des neuen Kommandeurs der internationalen Truppen in Afghanistan, Stanley McChrystal. Die Extremisten würden sich immer mehr aus ihren Hochburgen im Süden wagen und bislang vergleichsweise ruhige Regionen im Norden und im Westen des Landes bedrohen, erklärte der US-General jetzt. Und: »Derzeit haben die Taliban die Oberhand.« Die »Chancen« Karsais beschränken sich ohnehin auf die Präsidentschaftswahlen solchen Charakters und seine Rolle als kleinstes Übel - nicht als kleinstes Übel für die Afghaninnen und Afghanen, sondern der USA. Chancen, das Land zu befrieden und ein Präsident für alle afghanischen Völker, Stämme und Provinzen zu sein, hat er keine. Selbst seine Rolle als »Bürgermeister« Kabuls ist längst ausgespielt.

Tatsächlich musste auch ich bei meinen wiederholten Besuchen als Afghanistan-Berichterstatter des Europäischen Parlaments jedes Mal eine deutliche Verschlechterung der Sicherheitslage in dem Land feststellen. Kein Tag vergeht ohne Gefechte zwischen internationalen Besatzungstruppen und mutmaßlichen oder tatsächlichen Talibankämpfern, den Kriegern Hektmatyars und kriminellen Banden, ohne Angriffe auf Militärkonvois, Lastkraftwagen, Schulen, Lehrern, ohne Bombenanschläge

oder die Tötung und Verletzung von unbeteiligten Zivilisten. Selbst in den europäischen Hauptstädten (außer in Berlin) wird heute offen von einem noch lange andauernden Krieg gesprochen. So geht London davon aus, dass britische Truppen noch bis zu 40 Jahren am Hindukusch eingesetzt sein werden. Selbst die Berlusconi-Regierung, für ihre populistische Propaganda berüchtigt, hat den Begriff Friedensmission für den italienischen Afghanistan-Einsatz inzwischen gestrichen.

Natürlich wäre es falsch, nur Rückschritte seit der Entmachtung der Taliban - mit einem völkerrechtswidrigen Überfall, das sei noch einmal ausdrücklich betont - Ende 2001 zu sehen. Die Situation im Bildungs- und Gesundheitswesen hat sich verbessert, eine international ignorierte Zivilgesellschaft widersteht dem Terror der Taliban und der Regierung. Aber der anhaltende Krieg, das Wiedererstarken extremistisch-fundamentalistischer Kräfte - nicht zuletzt auf Grund der in vielen Provinzen katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Lage - und ihrer starken Positionen in Karsais Regierung haben große Teile dieser Errungenschaften zunichte gemacht und drohen, auch die verbliebenen zu zerstören.

Die Wahrheit mag pessimistisch klingen, die Tatsachen sind viel schlimmer: Barack Obama mag international und in den USA einiges ändern, nicht in Afghanistan, zumindest nicht in positiver Hinsicht. Die »Obamaisierung« und endgültige (US-)Amerikanisierung des

Afghanistan-Feldzugs wird die Probleme weiter zuspitzen. Da es keine alte Afghanistan-Strategie gab, gibt es auch keine »neue«. Alles wird auf einen aussichtslosen Krieg reduziert, dessen Preis wie seit drei Jahrzehnten vor allem Afghanistan zahlt. Auch, weil die »neue« US-Strategie die endgültige Zurückdrängung autonomer und alternati-

ver Strategien anderer Akteure in Afghanistan, darunter UNO und EU, ihre beinahe vollständige Unterordnung unter die gescheiterte Politik der USA bedeutet. Die Abkehr von der fortgesetzten Kriegsstrategie in Afghanistan ist daher unabdingbar.

Dazu muss trotz der internationalen Krise eine deutliche Anhebung

der zivilen, sozialen und wirtschaftlichen Unterstützung für das Land kommen. Natürlich müssen alle internationalen Akteure, auch der Iran, in diesen Prozess einbezogen werden. Und es muss die Bereitschaft geben, die Afghanen selbst über ihre eigenen Belange entscheiden zu lassen.

Niemand sonst.

Halle fährt Rad

Aktion „Stadtradeln“ vom 05. Bis 25. September

„Stadtradeln“, ist der Name eines bundesweiten Städtewettbewerbs, an dem sich, neben 33 anderen Städten, auch Stadt Halle (Saale) beteiligt. Aufgerufen sind die Mitglieder des Stadtrates sowie alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt. Bislang haben sich 26 Stadträte angemeldet. Auch DIE LINKE ist mit ihren Stadträten gut vertreten. So gut, dass es den Organisatoren schwer fiel, jedem Stadtrat einen Verein als Team zuzuordnen. Da Jede und Jeder sich in ein Team eintragen kann, sind alle Rad fahrenden Genossinnen und Genos-

sen aufgerufen, unsere Stadträte zu unterstützen. Dabei kann man sich im Internet unter www.stadtradeln.de informieren und anmelden. Nach der Anmeldung (wobei man sich bitte das Team eines linken Stadtrates aussuchen sollte), trägt man seine täglich gefahrenen Radkilometer in seinen persönlichen Kalender ein. Es geht aber auch ohne Internet, in dem in der Verbraucherzentrale erhältlichem Faltblatt, liegt ein „Radprotokoll“, welches man unter Angabe des Teams auch dort zur Registrierung wieder

abgeben kann.

Keinesfalls ist es erforderlich, den ganzen Aktionszeitraum mit dem Rad zu fahren, auch wenn man nur gelegentlich fährt, kann man sich an der Aktion beteiligen, es zählt jeder Kilometer.

LINKE Stadträte und ihre Teams

Petra Sitte

Allgemeiner Deutscher
Fahrradclub e. V.

Bodo Meerheim

teilAuto

Uwe Köck

Naturschutzbund Halle

Olaf Sieber

Stadtsportbund Halle e. V.

Ute Haupt

Stadtverband der
Gartenfreunde

Katharina Rommel

Rudenz Schramm

call a bike Halle der DB Rent

Swen Knöchel

Kinder- und Jugendhaus e. V.

